

Zehn Bedingungen für Schwarz-Grün

Der Tübinger Landtagsabgeordnete Boris Palmer wird wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster in bundesweiten Medien immer wieder als Kronzeuge für die Möglichkeit schwarz-grüner Bündnisse zitiert. Zwei Wochen vor der Landtagswahl hat Palmer in einem Positionspapier klar gestellt, was für ihn die Bedingungen für Schwarz-Grün sind. Das Positionspapier hat folgenden Wortlaut:

„Die Debatte um eine schwarz-grüne Option verstummt nicht. Zu Recht. Es gibt nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl, den Veränderungen in der Parteienlandschaft und dem Abbau althergebrachter Feindbilder keinen Grund mehr für Tabus. Die SPD hat in Baden-Württemberg mit der CDU regiert, sie tut es heute im Bund, Ute Vogt sagt, sie würde es im Land wieder tun. Wenn das so ist, kann es nicht unmoralisch sein, auch die Bedingungen für eine schwarz-grüne Koalition zu prüfen.

Gut zwei Wochen vor der Landtagswahl muss man allerdings erkennen: Inhaltlich ist eine schwarz-grüne Regierung unrealistischer geworden. Die CDU im Land hat sich personell und inhaltlich in kurzer Zeit erstaunlich schroff gegen die Modernisierung positioniert und damit die Anschlussfähigkeit an grüne Programmatik rückentwickelt.

Personell und symbolisch macht das nichts so klar, wie der erzwungene Rücktritt von Ex-Sozialminister Andreas Renner. Renner war wegen der Schirmherrschaft für den Christopher-Street-Day massiven innerparteilichen Anfeindungen ausgesetzt. Die homophobe, antiliberalen Mehrheit in der CDU des ländlichen Raumes konnte die Toleranz eines Andreas Renner nicht ertragen und hat ihn bei erstbestener Gelegenheit „abgeschossen“. Wie soll die CDU aber die Modernität der Grünen ertragen, wenn sie schon einen Andreas Renner nicht aushält?

Inhaltlich positioniert sich die CDU im Landtagswahlkampf ebenfalls gegen eine gesellschaftliche und ökologische Modernisierung, die für jede grüne Regierungsbeteiligung unabdingbare Voraussetzung ist. Ich nenne nachfolgend die zehn Punkte, an denen die CDU ihre Positionen aufgeben muss, um für die Grünen als Regierungspartner in Frage zu kommen.

1. Die Atomkraft

Die CDU und Ministerpräsident Oettinger werben in vorderster Front für längere Laufzeiten der Atomkraftwerke. Sie wollen die Altanlage Neckarwestheim I in die nächste Legislaturperiode im Bund retten und reden die Möglichkeiten zum Ersatz der AKW bewusst klein. Grüne können nur dann eine Regierung tragen, wenn sie den Atomausstieg voll inhaltlich unterstützt und die Alternativen zur Atomkraft propagiert.

2. Die neuen Energien

Die Landesregierung bekämpft mit dem Planungsrecht die Windkraft wo es geht. Das Petitionsrecht wird zur Abschreckung von Investoren missbraucht. Das Fetthalten an der Atomkraft behindert den Markteintritt der grünen Energie.

Grüne können nicht an einer Regierung mitwirken, die Kernkraftwerke gut und Windkraftwerke schlecht redet.

3. Integrationspolitik

Die Landesregierung appelliert mit dem Muslim-Test an ausländerfeindliche Tendenzen in Teilen ihrer Wählerschaft. Das schüren von Vorurteilen durch einen in der Sache völlig nutzlosen Fragebogen wirkt zerstörerisch auf das Zusammenleben zwischen muslimischen Migranten und Deutschen. Der Fragebogen stärkt gerade die radikalen Kräfte. Grüne können an keiner Regierung beteiligt sein, die ausländische Sündenböcke für ihren Wahlerfolg braucht.

4. Flüchtlingspolitik

Die Landesregierung fährt bundesweit mit den härtesten Kurs gegen Flüchtlinge. Selbst Familien, deren Kinder hier geboren sind und erfolgreich integriert zur Schule gehen, werden erbarmungslos abgeschoben. Die Möglichkeiten des Zuwanderungsgesetzes für humanitäre Lösungen werden bewusst nicht genutzt. Grüne können nicht an einer unchristlichen Abschieberegierung mitwirken.

5. Dreigliedriges Schulsystem

Die Landesregierung hält unbeirrt an Ihrer Glorifizierung des dreigliedrigen Schulsystems fest. Wahrheitswidrig zieht sie die PISA-Studie als Beweis dafür heran, dass dieses System sich bewährt hat. Tatsächlich werden Kinder aussortiert, entmutigt und nach unten durchgereicht. Soziale Faktoren bestimmen bei uns über den Bildungserfolg mehr als die Begabung. Grüne können sich nicht an einer Regierung beteiligen, die aus ideologischen Gründen dabei bleibt, ein zutiefst ungerechtes Bildungswesen zu erhalten.

6. Kinderbetreuung

Die Landesregierung hält noch immer an dem als Daheimbleibprämie ausgestalteten Landeserziehungsgeld fest. Die Kommunen werden mit der Aufgabe, Kinderbetreuung für alle Eltern erreichbar zu machen, allein gelassen. Grüne können sich nur an einer Regierung beteiligen, die derart alte Zöpfe abschneidet und einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr mit entsprechender Unterstützung der Träger aus dem Landeshaushalt realisiert.

7. Gentechnikfreie Nahrungsmittel

Die Bundesregierung plant die Aufhebung der Künast'schen Haftungsregelung, die bislang das Ausbringen von Gentechnik-Pflanzen in Baden-Württemberg verhindert hat. Der Ministerpräsident hat dazu keine Meinung. Grüne können sich nur an einer Regierung beteiligen, die den Verbrauchern Wahlfreiheit garantiert und deshalb klar für eine gentechnikfreies Baden-Württemberg eintritt.

8. Klimaschutz im Verkehr

Die Bundesregierung will die Mittel für den Nahverkehr um 12% kürzen. Die Landesregierung will sich nicht auf Widerstand festlegen lassen. Es droht die Streichung jedes sechsten Zuges und das Land schaut nicht nur zu, es wirkt sogar

daran mit, denn der Ministerpräsident war in die Koalitionsverhandlungen eingebunden. Grüne können sich nur an einer Regierung beteiligen, die den Klimaschutz auch im Verkehr ernst nimmt und im Bundesrat entsprechend handelt.

9. Mehr Demokratie

Die CDU im Land sichert sich seit Jahrzehnten durch ein ungerechtes und unverständliches Wahlsystem unverdiente Zusatzsitze. Die Benachteiligung kleiner Wahlkreise und kleiner Parteien bleibt erhalten. Die Regierung misstraut den Bürgerinnen und Bürgern: Bürger- und Volksentscheide finden so gut wie nie statt, weil die gesetzlichen Hürden zu hoch sind. Grüne beteiligen sich nur an einer Regierung, die den Menschen vertraut und ihnen wenigstens die gleichen Beteiligungsrechte wie in Bayern gibt.

10. Haushaltssanierung

Der Ministerpräsident fährt durch die Lande und verspricht allen alles. Das Wort „Nein“ ist aus seinem Sprachschatz verschwunden. Unsinnige Flughafenbeteiligungen verspricht er gerade so wie Subventionen für ein Parkhaus auf dem Feldberg. Die Bekenntnisse zur Nullverschuldung sind da reine Lyrik. Grüne können sich nur an einer Regierung beteiligen, die sich ernsthaft der Sanierung des Landeshaushalts annimmt.

Ich halte es für notwendig, die genannten falschen Weichenstellungen in der Politik des Landes zu korrigieren. Wenn sich dafür ein Partner findet, und sei es die CDU, dann plädiere ich für Verhandlungen über eine Regierungsbildung. Wenn nicht, machen wir Grüne Druck aus der Opposition.